

C – Was Frieden schützt



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2023
Tagesordnungspunkt: EP-FR Was Frieden schützt

Antragstext

- 1 Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine hat gezeigt:
- 2 Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Sie
- 3 müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und gestärkt werden. Moskau hat das
- 4 Friedensprojekt
- 5 Europäische Union herausgefordert. Wir unterstützen unsere ukrainischen Freund*innen, die
- 6 sich dieser Herausforderung mit allen Kräften stellen – und halten gemeinsam stand.
- 7
- 8 Aber auch über die Ukraine hinaus nehmen die Spannungen weltweit zu. China tritt immer
- 9 autoritärer auf, bedroht seine Nachbarn und stellt die regelbasierte internationale Ordnung
- 10 infrage. Chinas Konkurrenz mit Demokratien auf der ganzen Welt stellt auch unser Leben und
- 11 Wirtschaften vor bedeutende Herausforderungen. In Afrika, Asien und Südamerika fordern
- 12 Staaten und Gesellschaften derweil zu Recht, mehr Repräsentanz, faire Mitsprache und einen
- 13 gleichwertigen Platz an Verhandlungstischen ein.
- 14
- 15 Diese Verschiebungen im globalen Machtgefüge fordern die EU heraus. Gemeinsam mit den
- 16 Folgen
- 17 der Pandemie, mit Inflation, Staatsschulden- und Klimakrise machen sie einmal mehr deutlich:
- 18 Wir müssen unsere demokratischen Kräfte bündeln, um den Frieden in Europa zu schützen und
- 19 einen starken europäischen Beitrag zur Sicherheit Europas und der Welt zu leisten.
- 20
- 21 Gemeinsam sind wir handlungsfähig. Immer wieder hat die EU bewiesen, wie sehr sie in der
- 22 Lage ist, auch international für Frieden, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und nachhaltige
- 23 Entwicklung zu wirken. Sie hat bewiesen: Man kann Frieden lernen, stabilisieren und zum
- 24 Wohle aller gestalten. Das gibt Hoffnung in schwierigen Zeiten: Eine EU, die auf der
- 25 Weltbühne selbstbewusst und konstruktiv auftritt und mit einer Stimme spricht, ist imstande,
- 26 sich gegen Unfreiheit und Krieg zu behaupten, unsere Interessen und Werte zu verteidigen,
- 27 Einflussnahme von außen abzuwehren, Zukunft und Frieden zu gestalten – und das Leben der
- 28 Menschen spürbar zu verbessern. Dieses Europa bietet weltweit Perspektiven für politische
- 29 und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung – und damit ein dringend benötigtes Gegenangebot
- 30
- 31 zum Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.
- 32
- 33 Das ist unsere Perspektive, das ist unser politischer Auftrag: die globale
- 34 Handlungsfähigkeit der EU zu verteidigen und zu stärken. Als viele noch von „Wandel durch
- 35 Handel“ träumten, haben GRÜNE davor gewarnt, dass autokratische Regime wie Russland im
- 36 Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen Bürger*innen handeln, um ihre imperialen
- 37 Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Wir treten deshalb für ein souveränes und selbstbewusstes
- 38 Europa ein, das nicht abwartet, sondern das Heft des Handelns in die Hand nimmt; ein Europa,
- 39 das sich aus seinen Abhängigkeiten löst und global Verantwortung übernimmt. Eine
- 40 handlungsfähige EU, die auf eigenen Beinen steht, ist der beste Schutz gegen all jene

34 Kräfte, die Isolation und Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und außerhalb des
35 europäischen Bündnisses. Die EU kann dabei ihre Interessen vor allem dann effektiv
36 durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte in den Mittelpunkt stellt – der oft behauptete
37 Widerspruch ist keiner.

38 Frieden und Freiheit erwachsen nicht aus Abschottung, sondern aus einem wertegeleiteten und
39 fairen Umgang mit unseren Partnerinnen und Partnern. Das wichtigste Forum dafür sind die
40 Vereinten Nationen (UN) und ihre Organisationen, die wir stärken sowie gerechter und
41 repräsentativer gestalten wollen. Sie sind der beste Weg zu einem Multilateralismus, in dem
42 die Stärke des Rechts wirkt, nicht das Recht des Stärkeren.

43 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler
44 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den Frieden zu
45 wahren, Menschenrechte zu verwirklichen, demokratische Kräfte zu stärken, Konflikten
46 vorzubeugen und Wohlstand zu fördern. Neben der Stärkung der Beziehung zu ihren
Verbündeten

47 im transatlantischen und transpazifischen Raum muss die EU aktiv um Partnerschaften mit
48 Ländern des Globalen Südens werben. Orientiert an den Nachhaltigkeitszielen wollen wir
49 globale Gerechtigkeit fördern. Dabei achten wir auf die Kohärenz unseres politischen
50 Handelns über alle Politikfelder, wie der Wirtschafts- und Handelspolitik, hinweg..

51 Oft genug aber sitzen bei Verhandlungen vor allem Frauen nicht mit am Tisch. Das macht es
52 schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften sind nachweislich
53 friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am politischen, sozialen und
54 wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und Sicherheit sind nachhaltiger, wenn
55 Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass gerade auch Frauen in
56 der Außenpolitik umfassend und gleichberechtigt vertreten sind.

57 Das gilt umso mehr, da sich die existenziellste Herausforderung der Menschheit, die Klima-
58 und Umweltkrise, nur global bewältigen lässt. Europa und die übrigen Industriestaaten haben
59 durch ihre jahrzehntelangen Emissionen eine besondere historische und zweifache
60 Verantwortung: Sie müssen im ganz eigenen Interesse selbst schnell klimaneutral werden und
61 zugleich ärmere Länder auf ihrem Weg zu klimaneutralem und klimaangepasstem Wohlstand
62 partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir die Klimadiplomatie ins Zentrum unseres
63 Plans für eine europäische Außenpolitik und damit die Weichen für belastbare Partnerschaften
64 – Partnerschaften, die Win-Win-Situationen schaffen und sowohl den Menschen in unseren
65 Partnerländern nützen als auch dabei helfen, unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und

66 Rohstoffen zu sichern. Eine starke europäische Klimaaußenpolitik bedeutet auch, dass die EU
67 eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens einnehmen und weltweit
68 gemeinsam mit der Privatwirtschaft einen entscheidenden Beitrag zu den nötigen Investitionen
69 für eine klimagerechte Entwicklung leisten muss. In gleicher Weise muss Europa die globale
70 Biodiversitätskrise angehen: selbst ambitionierte Ziele verfolgen, Finanzierung
71 bereitstellen und mobilisieren und die Länder des Globalen Südens bei der Umsetzung ihrer
72 Ziele unterstützen.

73 Im äußersten Fall müssen wir im Stande sein, unseren Frieden im Bündnis auch militärisch zu
74 verteidigen. Dabei bleibt der Einsatz militärischer Gewalt für uns Ultima Ratio. Für die
75 Verteidigungsfähigkeit der EU ist auch eine gesamtstaatliche und gesellschaftliche Resilienz
76 unabdingbar. Dafür ist es zentral, Schocks und Störungen im Sinne eines umfassenden

77 Sicherheitsbegriffs widerstehen zu können. Das umfasst die Erhöhung der Cybersicherheit und
78 den Kampf gegen Desinformation, die Stärkung von Infrastrukturen sowie von staatlichen und
79 wirtschaftlichen Versorgungsstrukturen, und die Ertüchtigung des Zivilschutzes. Dies können
80 wir besser, effizienter und wirkungsvoller tun, wenn wir unsere Sicherheitspolitik
81 europäisch koordinieren und Informationen schneller und besser austauschen. Wir wollen einen
82 umfassenden Ansatz europäischer Außenpolitik, der die menschliche Sicherheit in den
83 Mittelpunkt rückt, auf Vorbeugung und zivile Bearbeitung von Krisen und Konflikten setzt und
84 aktiv Chancen für Deeskalation sucht. Wer dazu beiträgt, Frieden zu erhalten, beugt der
85 Notwendigkeit vor, Frieden schaffen zu müssen – so schützt Europa. Der Einsatz für eine
86 Kultur der Gewaltfreiheit, militärische Zurückhaltung und eine Welt ohne Krieg umfasst als
87 wichtige Querschnittsaufgabe weit mehr als den Bereich der Außenpolitik. Wir denken
88 Sicherheit von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer
89 Politik stehen. Dieses Verständnis einer vorsorgenden und wertegeleiteten Sicherheitspolitik
90 ist Teil des europäischen Versprechens.

91 Dessen Gewicht wiederum wird dort am deutlichsten, wo es Einladung ist und Hoffnung gibt.
92 Das Streben vieler Ukrainer*innen danach, ihre Freiheit zu behaupten und Teil der
93 europäischen Familie zu werden, mag von Wladimir Putin mit brutaler Waffengewalt
beantwortet

94 worden sein. Aber es lebt fort und beweist, welche Strahlkraft das europäische Projekt über
95 die eigenen Grenzen hinaus entfalten kann. Mit der Vorstellung eines gemeinsamen Haus
Europa

96 war der Wunsch verbunden, dass Menschen unterschiedlicher Nationen friedlich unter einem
97 Dach zusammenleben können. Genau diesem Wunsch hat Russland mit seinem
völkerrechtswidrigen

98 Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen das ukrainische Selbstbestimmungsrecht eine klare
99 Absage erteilt. An diesem Wunsch halten wir trotzdem fest. Wir bekennen uns zum Beginn des
100 ukrainischen Beitrittsprozesses – und verstehen ihn zugleich als Anerkennung der
101 unermesslichen Leistung, die das Land tagtäglich für unser aller Sicherheit und die
102 europäischen Werte erbringt.

103 Das Europa, das wir gestalten wollen, tut genau das. Es schützt und verteidigt die eigenen
104 Werte. Es behauptet sich – und reicht zugleich anderen selbstbewusst die Hand. An diesem
105 Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein.

106 1. Eine europäische Außenpolitik

107 **Gemeinsam außenpolitisch handeln**

108 Wir benötigen eine starke und souveräne EU, die als weltpolitische Akteurin agieren kann.
109 Bislang braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die Zustimmung aller 27
110 Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein,
111 die dabei die Interessen der großen und der kleineren Mitgliedstaaten berücksichtigt. Um das
112 zu erreichen, wollen wir die bestehenden Möglichkeiten innerhalb der europäischen Verträge
113 nutzen und setzen uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

114 Unsere Werte und Interessen brauchen eine gemeinsame Stimme der EU – wir wollen die
115 bestehende Rolle des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für die Außen- und

116 Sicherheitspolitik zu einer europäischen Außenministerin bzw. einem europäischen
117 Außenminister machen. Auch den Europäischen Auswärtigen Dienst wollen wir personell und
118 institutionell stärken. Um eine gemeinsame europäische Außenpolitik umzusetzen, braucht es
119 einen echten europäischen diplomatischen Dienst. Deshalb wollen wir die Europäische
120 Diplomatische Akademie fest verankern, um Kompetenzen im Bereich EU-Außenpolitik unter
121 Diplomat*innen aus den Mitgliedstaaten auszubauen. Konsularische Dienste der Mitgliedsländer
122 wie Visafragen, Rechtshilfe oder Anträge wollen wir vermehrt in den europäischen Botschaften
123 bündeln.
124 Gleichzeitig braucht es eine bessere Koordinierung der Außenpolitiken der EU-Mitgliedstaaten
125 sowie eine engere Abstimmung zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen
126 Auswärtigen Dienst. Für eine bessere demokratische Kontrolle setzen wir uns für eine
127 stärkere Rolle des Europäischen Parlaments in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik
128 ein.
129 Wir wollen die auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie
130 Wissenschaftsdiplomatie stärken, die im Angesicht der großen globalen Herausforderungen
131 kulturelle Brücken bauen, positiv in die Zivilgesellschaft wirken, Forschung voranbringen
132 und Frieden fördern kann.

133 **Das Klima global und gerecht schützen**

134 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie bedroht die
135 Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen Menschen in die Flucht. Sie
136 verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Nahrungsmittel, Wasser und
137 Rohstoffe. Ihre Folgen wirken sich schon heute spürbar negativ auf Lebensräume und
138 Zukunftschancen von Menschen aus.
139 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke europäische
140 Klimaaußenpolitik, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen und den nachhaltigen
141 Entwicklungszielen steht. Wir stehen für eine EU, die weltweit Klima-Partnerschaften für die
142 Minderung des CO₂-Ausstoßes knüpft, Partnerländer beim sozial gerechten und klimaneutralen
143 Auf- und Umbau ihrer Wirtschaftssysteme, Infrastruktur und Energieversorgung sowie bei der
144 Anpassung an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine der größten
145 Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der Vereinbarung im
146 Pariser Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass rasch jährlich 100 Milliarden US-Dollar
147 aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz und Anpassung zielgerichtet und im
148 Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN in Ländern des Globalen Südens eingesetzt
149 werden. Ein Vorbild dafür sind sogenannte Just Energy Transition Partnerships, die die
150 Bundesregierung gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern bereits mit mehreren
151 Ländern
152 abgeschlossen hat. Sie machen Angebote für eine umfassende und sozial gerechte
153 Energiewende
154 und Modernisierung. Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur Ausgestaltung
155 eines Loss-and-Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der Klimakrise geschädigten
156 Gemeinschaften finanziell angemessen unterstützen soll.
157 Unser Ziel ist es, die sozial-ökologische Modernisierung in allen Bereichen voranzutreiben.
158 Wir setzen uns deshalb für den Ausstieg aus den fossilen Energien, für ein verbindliches

157 globales Ziel für den Ausbau erneuerbarer Energien und eine ambitionierte Klimafinanzierung
158 ein. Dafür braucht es zusätzliche Mittel zur ODA-Quote unter Berücksichtigung des Prinzips
159 der "gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung" des Pariser Klimaabkommens. Die
160 internationalen Finanzinstitutionen wie die Weltbank, die regionalen Entwicklungsbanken, die
161 Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

162 (EBRD) müssen sich noch stärker partnerschaftlich an der Modernisierung der Wirtschaft
163 unserer Partnerländern beteiligen.

164 Wir wollen den Team-Europe-Ansatz – die engere Zusammenarbeit zwischen Kommission,
165 Mitgliedstaaten und EU-Finanzinstitutionen – stärken und ausbauen, um internationale
166 Allianzen zu schmieden. Der im Rahmen der G7 angeregte Klimaclub kann dabei eine zentrale
167 Rolle einnehmen, um internationale Strukturen im Rahmen des Pariser Abkommens zu
168 unterstützen und ambitionierte Ziele für Klimaschutz, Klimaanpassung sowie nachhaltiges
169 Wachstum voranzutreiben. Die geplante Strategie für Klimaaußenpolitik der Bundesregierung
170 möchten wir zur Grundlage für eine Weiterentwicklung auf europäischer Ebene nehmen.
171 Klimaneutralität sowie die Bewältigung von Klimafolgen müssen ressortübergreifend Eingang in
172 unser internationales politisches Handeln finden.

173

174 Die Klimakrise ist an vielen Orten längst Realität. Trotz all unserer Anstrengungen wird
175 diese Krise Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Historisch betrachtet sind die
176 westlichen Industriestaaten die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase und tragen
177 deshalb eine besondere Verantwortung. Die EU sollte die betroffenen Staaten deshalb
178 technisch und gegebenenfalls auch finanziell bei den notwendigen Anpassungsmaßnahmen
179 unterstützen. Zudem sollte Europa zusammen mit anderen Industriestaaten vorangehen und
180 Prozesse unterstützen, in denen mit betroffenen Staaten über internationale Regulation im
181 Rahmen des Völkerrechts zum Umgang mit klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung
182 sowie zum Zugang zu internationalem Schutz beraten wird.

183 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine enorme
184 Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von Kunming-
185 Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir steigern das europäische Engagement mit den am
186 stärksten von Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den Schutz von
187 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die biologische
188 Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

189 **Global Gateway zum Erfolg bringen**

190 In vielen Teilen der Welt gibt es einen gewaltigen Investitionsbedarf, um Wachstum und
191 Wohlstand mit guter Mobilität und digitaler Teilhabe zu erreichen. Dies muss unter den
192 Bedingungen der Klimaneutralität, Klimaanpassung und sozialer Gerechtigkeit passieren. Auf
193 den Investitionsbedarf antwortet bislang vor allem das chinesische Programm einer „neuen
194 Seidenstraße“, das finanzielle Abhängigkeiten schafft und diese systematisch als politisches
195 Druckmittel einsetzt. Die europäische Global-Gateway-Strategie wollen wir als Alternative
196 dazu zu einem geostrategischen Erfolgsprojekt machen, das Partnerländer in der nachhaltigen
197 Verbesserung ihrer Lebens- und Wirtschaftsbedingungen unterstützt. Wir leisten damit einen
198 starken europäischen Beitrag zur G7 Infrastrukturpartnerschaft und durch die Einhaltung

199 hoher Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards zur Stärkung internationaler Standards
200 der G20 für Infrastrukturplanung.

201 Durch gezielte Investitionen in die sozialökologische Modernisierung in unseren
202 Partnerländern wollen wir damit klimagerechten Wohlstand schaffen, den Schutz der
203 Menschenrechte stärken, Lieferketten diversifizieren sowie zugängliche digitale
204 Infrastrukturen und die Produktion von grüner Energie in unserer Nachbarschaft fördern.
205 Dabei wollen wir Abhängigkeiten reduzieren, indem wir nachhaltige Wertschöpfung in den
206 Partnerländern stärken und mit Investitionen in die soziale Infrastruktur, die im Einklang
207 mit lokalen Entwicklungsagenden stehen, verbinden.

208 Global Gateway kann aber nur zum Erfolg werden, wenn die EU das Programm mit
substanziellen
209 Mitteln ausstattet, die in Verbindung mit dem gehebelten privaten Kapital die nötigen
210 Ressourcen bilden können. Um die Sichtbarkeit und Verbindlichkeit des Programms weltweit und

211 innerhalb der EU zu verbessern, wollen wir außerdem eine Sondergesandte bzw. einen
212 Sondergesandten dafür einrichten.

213

214 Die EU muss für Global Gateway klare strategische Prioritäten setzen und alle Projekte auf
215 der Basis von gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den Partnerländern und Einbindung der
216 der lokalen Zivilgesellschaft erarbeiten. Maßstab sind für uns hierbei die Menschenrechte,
217 die Agenda 2030 der UN sowie die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens und des
218 Biodiversitätsabkommens von Kunming-Montreal. Beispielsweise bedeutet
219 Mobilitätsinfrastruktur vorrangig Investitionen in klimafreundliche Verkehrsträger wie die
220 Schiene und erzeugte Energie muss immer zuerst den produzierenden Ländern vor Ort zur
221 Verfügung stehen. Zudem muss die EU-Kommission die Politikkohärenz für nachhaltige
222 Entwicklung und eine größere Transparenz bei der Auswahl der strukturpolitischen Projekte
223 sowie bei ihrer Durchführung und Evaluierung sicherstellen. Um Global Gateway zum Erfolg zu
224 führen, müssen bei der Umsetzung entwicklungspolitische Expertise genutzt und die Prinzipien
225 der Wirksamkeit der Entwicklungspolitik umgesetzt werden.

226 **Internationale Organisationen stärken**

227 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im Fall des
228 russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale Staatengemeinschaft in
229 der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie sehr wohl handlungsfähig ist, als eine überragende
230 Mehrheit diesen brutalen Angriffskrieg mehrfach und deutlich verurteilt. Allerdings zeigt
231 sich, dass die Situation im Sicherheitsrat friedenssichernde Maßnahmen der UN erschwert.
232 Regionalorganisationen wie der EU fallen somit im Krisenmanagement, auch mit ihren eigenen
233 Missionen, eine Schlüsselrolle zu. Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten mehr als die
234 Hälfte aller Beiträge zu multilateralen Organisationen wie dem UN-System. In den anstehenden
235 Reformdiskussionen wollen wir durch ein koordiniertes Vorgehen der EU die UN und ihre
236 Organisationen fit für die Zukunft machen. Dazu gehört eine Reform des Sicherheitsrats, in
237 dem wir eine gerechtere Repräsentanz der Weltregionen gewährleisten wollen. Darüber hinaus
238 zielen wir darauf ab, das Vetorecht abzuschaffen und unterstützen Mechanismen wie die in der
239 Resolution 377 der UN-Generalversammlung "Uniting for Peace" beschlossene Möglichkeit, sich
240 im Fall einer anhaltenden Blockade mit der Angelegenheit zu befassen und Empfehlungen - also

241 diplomatische Maßnahmen, Sanktionen oder militärische Maßnahmen gemäß Kapitel VII der UN-
242 Charta - mit qualifizierter Mehrheit zu beschließen.

243

244 Auch die G7 und die G20 erweisen sich ergänzend zu unserem Engagement im Rahmen der UN
245 als

246 weitere Foren für die Bearbeitung globaler Herausforderungen. Wir unterstützen daher die
247 Bemühungen der G7, sich stärker für eine Zusammenarbeit mit Partnerländern weltweit und
248 insbesondere im Globalen Süden zu öffnen, und befürworten ausdrücklich die permanente
249 Mitgliedschaft der Afrikanischen Union als Teil der G20.

249 Um auf die globalen und entwicklungspolitischen Herausforderungen unserer Zeit reagieren zu
250 können, muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung, eine Demokratisierung - inklusive
251 einer höheren Beteiligung der Akteure aus dem Globalen Süden - und eine ausreichende
252 Finanzierungskapazität der internationalen Finanzinstitutionen einsetzen. Die Weltbank hat
253 mit ihrer "Evolution Roadmap" diesen Reformprozess bereits begonnen und muss ihn jetzt
254 entschieden fortsetzen. Dabei ist entscheidend, dass Ziele wie die Reduzierung der
255 Ungleichheit und der Schutz der planetaren Grenzen systematisch durch Indikatoren
256 berücksichtigt und operationalisiert werden. UN-Sonderorganisationen wie das
257 Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um
258 Menschen in Not zu helfen. Die EU muss diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und
259 stärken. Entsprechende Mittel sollen möglichst flexibel bereitgestellt werden.

260 Darüber hinaus setzen wir uns für eine aktive, geschlechtergerechte Personalpolitik der EU
261 bei der Besetzung von Posten in internationalen Organisationen etwa bei der International
262 Standardization Organisation (ISO) oder Weltbankgruppe ein.

263 **Menschenrechte weltweit verteidigen**

264 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von
265 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste niedergeschlagen.
266 Unabhängig davon, wo Menschen leben, haben sie das Recht, Hilfe zu verlangen und zu
267 erhalten, um ihre grundlegenden Menschenrechte zu schützen und zu fördern. Wir setzen uns
268 für Demokratie und Menschenrechte ein und stärken unabhängige Medien, gewaltfreie pro-
269 demokratische Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechts-
270 Verteidiger*innen im analogen wie im digitalen Raum. Wir wollen die Fördermöglichkeiten
271 ausbauen und die entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen, beispielsweise
272 Sonderberichterstatter*innen und den Europäischen Demokratiefonds, finanziell stabilisieren,
273 langfristig aufstellen und zugänglicher machen. Damit sollen auch Räume für Austausch und
274 Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, pro-demokratischen Bewegungen,
275 unabhängigen Medien und einzelnen Aktivist*innen geschaffen und gestärkt werden. Der Schutz

276 und die Förderung von Demokratie ist effektiver, wenn wir unsere Bemühungen bündeln und
277 europäisch koordinieren.

278 Der Schutz der Menschenrechte ist zuallererst Aufgabe des Staates. Der Zusammenarbeit mit
279 Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit und Selbstbestimmung eine
280 besondere Rolle zu. Staaten, die sich auf den Weg zur Demokratie gemacht haben, wollen wir
281 aktiv in diesem Prozess begleiten und stärken. Wir unterstützen entsprechend der Globalen

282 Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte die Verhängung von gezielten
283 Sanktionen gegen staatliche wie nicht-staatliche Akteure, die für schwere
284 Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich oder an ihnen beteiligt sind. Gegen
285 Sanktionsverletzungen müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten entschieden vorgehen und
dabei
286 auch internationale Partner in die Pflicht nehmen. Darüber hinaus wollen wir prüfen,
287 inwieweit stillgelegte Vermögenswerte rechtssicher für Wiedergutmachung gegenüber den
Opfern
288 nutzbar gemacht werden können.

289 Menschenrechts-Verteidiger*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer
290 Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum Schutz von
291 Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir konsequent umsetzen. Dabei ist eine
292 geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und marginalisierte Gruppen, etwa
293 Verteidiger*innen indigener Rechte, einem höheren Gewaltrisiko ausgesetzt sind. Gefährdeten
294 Menschenrechts-Verteidiger*innen und ihren Familien wollen wir in der EU mit einer
295 schnelleren und vereinfachten Visavergabe Schutz bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich
296 die Auslandsvertretungen der EU für Menschenrechts-Verteidiger*innen stark machen. Dazu
297 gehört etwa, Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale
298 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen
299 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Dies gilt auch für diejenigen, die das Recht
300 auf Kriegsdienstverweigerung verteidigen. Wir setzen uns im Rahmen der Unterstützung für
301 Menschenrechtsverteidiger*innen ein, die Auslandsvertretungen der EU im Bereich der
302 konfliktsensiblen Demokratieförderung und Menschenrechtsschutzes verstärkt zu schulen.

303

304 Nach Vorbild des kanadischen Resettlement-Programms setzen wir uns für ein europäisches
305 Schutzprogramm von Menschenrechts-Verteidiger*innen ein, das es ihnen ermöglicht, schnell
306 und unbürokratisch Schutz zu erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung fortführen zu
307 können. Angriffe auf Menschenrechts-Verteidiger*innen finden immer häufiger im digitalen
308 Raum statt. Um sie zu schützen unterstützen wir sichere, verschlüsselte
309 Kommunikationsmöglichkeiten und das Recht auf anonyme Nutzung des Internets und setzen
uns

310 gegen die weitere Fragmentierung des Internets und gegen Internetabschaltungen ein.

311

312 Eines besonderen Schutzes bedürfen auch investigative Journalist*innen und
313 Hinweisgeber*innen wie Julian Assange. Sie bringen Verbrechen und gesellschaftliche
314 Missstände ans Licht. Ihr Schutz ist essenzieller Bestandteil der Pressefreiheit, die es
315 nach innen und außen dringend zu verteidigen gilt.

316 **Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen**

317 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger, resilienter
318 und wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen
319 Menschenrechte. Strukturelle Ungerechtigkeiten führen dazu, dass bestimmte Gruppen,
320 insbesondere Frauen und marginalisierte Gruppen in besonderem Maße von Gewalt, Armut und
321 Krieg, aber auch von den Folgen der Klimakrise betroffen sind. Gleichzeitig sitzen oft nur
322 wenige von ihnen mit am Tisch, wenn es darum geht, Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten.
323 Mit der UN-Resolution 1325 und ihren Folgeresolutionen ist der Schutz von Frauen und Mädchen

324 in Kriegsgebieten sowie ihre Teilhabe bei Konfliktprävention und -bewältigung bereits
325 international verankert. Wir wollen weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische
326 Außen- und Entwicklungspolitik ein, die die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen,
327 Mädchen und marginalisierten Gruppen in allen Bereichen weltweit stärkt.
328 Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller Formen von Diskriminierung zum Ziel.
329 Dabei werden Mehrfachdiskriminierungen besonders in den Blick genommen. Aufbauend auf
den
330 Leitlinien der Bundesregierung wollen wir die feministische Außen- und Entwicklungspolitik
331 als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen und internationalen Kooperationen der EU verankern.
332 Wir setzen uns für einen paritätischen Frauenanteil in den außenpolitischen Institutionen
333 der EU ein sowie dafür, den Frauenanteil auf allen Ebenen von GSVP-Missionen - insbesondere
334 in Leitungsebenen - deutlich zu erhöhen. Die Perspektiven von Frauen und Mädchen sollen bei
335 allen internationalen Verhandlungen der EU einbezogen werden. Die Kapazitäten für Gender
und
336 Diversität in der EU-Diplomatie wollen wir stärken und die Beteiligung von Frauen und
337 marginalisierten Gruppen an entsprechenden Delegationen signifikant erhöhen.
338 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im Kampf gegen
339 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Denn Frauen-, Queer- und
340 Transfeindlichkeit ist für viele Menschen eine Sicherheitsbedrohung. Nach dem Beitritt der
341 EU zur Istanbul-Konvention verlangen wir deren konsequente Umsetzung durch die EU-
342 Mitgliedsländer. Auch fordern wir die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien gegen
343 die Diskriminierung und für den Schutz der Menschenrechte von LGBTIQ*-Personen.
344 Wir wollen, dass die EU ihre Entwicklungspolitik nach den Grundsätzen feministischer
345 Entwicklungszusammenarbeit partnerorientiert und nachhaltig ausrichtet sowie bisherige
346 Praktiken kritisch evaluiert. Sie muss ihr selbst gesetztes Ziel erreichen, dass bis 2025 85
347 Prozent der EU-Entwicklungsprogramme auch zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Dazu
soll
348 die EU strukturell mehr Mittel zur Förderung von Frauen und marginalisierten Gruppen
349 bereitstellen, beispielsweise durch die Zusammenarbeit mit feministischen
350 zivilgesellschaftlichen Akteuren oder die Unterstützung im Bereich der Grundbildung und
351 beruflichen Bildung, des Unternehmertums sowie der sexuellen und reproduktiven Gesundheit.
352 Gemäß des EU-Aktionsplans für die Gleichstellung der Geschlechter wollen wir
353 gendertransformative und intersektionale Ansätze systematisch in unserem
354 entwicklungspolitischen Handeln verankern.

355 2. Eine europäische Sicherheits- und 356 Verteidigungspolitik

357 **Europa gemeinsam verteidigen**

358 Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich vor Augen
359 geführt, dass wir potenzielle Aggressoren wirksam von Angriffen abhalten und unsere Art zu
360 leben im äußersten Notfall auch militärisch verteidigen können müssen. Die Zukunft der
361 Bündnisverteidigung und der kollektiven Reaktionsfähigkeit liegen in der europäischen und
362 transatlantischen Integration und Interoperabilität unserer Streitkräfte.

363 Je enger wir in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenarbeiten, desto
364 besser, kosteneffektiver und wirksamer können wir die europäische Verteidigungsfähigkeit
365 sicherstellen, gerade auch als Teil des transatlantischen Bündnisses (NATO). Der
366 strategische Kompass der EU und die Einbettung in das strategische Konzept der NATO sind
367 dafür maßgebend. Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen im Rahmen der EU und der
NATO
368 und den dafür notwendigen Fähigkeiten und Kapazitäten. Aus historischer Verantwortung und
369 den Lehren des russischen Angriffskriegs bekennen wir uns zum Schutz der baltischen Staaten,
370 unter anderem durch militärische Zusammenarbeit im Rahmen einer langfristigen Stationierung
371 von Bundeswehreinheiten im Baltikum.

372 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und
373 Verteidigungsunion mit einer starken parlamentarischen Beteiligung und Kontrolle arbeiten.
374 Die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte, zum Beispiel innerhalb von permanenten EU-
375 Einheiten oder transnationalen Verbänden wie dem Deutsch-Niederländischen Corps, wollen wir
376 ausbauen. Dabei sind gemeinsame Rahmenstandards und Arbeitsbedingungen für Soldat*innen
377 notwendig sowie die Schaffung der Grundlagen einer einheitlichen Fürsorgeverpflichtung der
378 EU gegenüber den eingesetzten Kräften und zivilen Entsandten. Wir wollen die gemeinsame EU-
379 Kommandostruktur und europäische Militärkooperationsinitiativen vertiefen, zum Beispiel bei
380 der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

381 Zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und
382 Verteidigungspolitik (GSVP) und deren Planungsstäbe stärken wir finanziell und personell.
383 Diese Missionen müssen immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein, einer
384 kontinuierlichen Risikoanalyse unterliegen, die tatsächlichen Bedarfe vor Ort
385 berücksichtigen und sich am Leitbild der menschlichen Sicherheit orientieren. Für die
386 zivilen GSVP Missionen müssen wir langfristige Finanzrahmen mit flexiblerer Konzeption
387 verbinden, damit diese schneller einsatzbereit sein und sich angemessen auf veränderte
388 Gegebenheiten einstellen können. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze sollten stärker vom
389 Europäischen Parlament begleitet, kontrolliert und evaluiert werden. Wir verstetigen die
390 Unterstützung der Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EPF) und stärken
391 deren Einheit für Risikoanalyse und Rüstungskontrolle. Die Strukturen der EPF sollten so
392 angepasst werden, dass die Verfügbarkeit der Mittel, die Planbarkeit der Ausgaben und die
393 parlamentarische Kontrolle im Europaparlament und den Mitgliedstaaten verbessert werden.
394 Auch der Aufbau eines europäischen Luftverteidigungssystems ist für uns ein notwendiger
395 Baustein einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur.

396 Im Verteidigungssektor führt die unkoordinierte Beschaffung der EU-Mitgliedstaaten zu einer
397 komplexen Systemvielfalt, ausbleibenden Skaleneffekten und damit zur ineffektiven Nutzung
398 von Steuergeldern. Unser Ziel ist eine gemeinsame und damit kosteneffektivere europäische
399 Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern. Dafür bedarf es der wirksamen Umsetzung
der
400 jährlichen Fähigkeitsanalyse in enger Koordination und Abstimmung mit dem Planungsprozess
401 der NATO auf Basis gleicher Standards und Normen, finanzieller Anreize für und Vertrauen
402 zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch des politischen Willens, die industriepolitischen
403 Interessen zugunsten von mehr gemeinsamer Sicherheit zurückzustellen. Damit erreichen wir
404 die Konsolidierung des europäischen Rüstungssektors. Die Europäische Verteidigungsagentur

405 (EDA) hat das bisher nicht im ausreichenden Maß bewerkstelligt. Wir teilen die Zielsetzung
406 von bestehenden Finanzinstrumenten wie dem European Defense Fund (EDF) oder der
gemeinsamen
407 Beschaffung (EDIRPA). Allerdings sind diese Instrumente unzureichend, rechtlich fragil und
408 die parlamentarische Kontrolle stark eingeschränkt.

409 Deswegen wollen wir mittelfristig ein rechtssicheres außerbudgetäres Finanzinstrument
410 schaffen, das die bestehenden Einzelprogramme ersetzt und den gesamten militärischen
411 Fähigkeitszyklus abdeckt – von industrieller Forschung und Entwicklung über Beschaffung bis
412 hin zu Instandhaltung und Training. Die Ausgaben dieses Topfes müssen unter strenger und
413 abgestimmter Kontrolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente stehen.

414 **Rüstungsexporte europäisch regulieren**

415 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von europäischen Waffensystemen
schafft
416 mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. und somit auch einen Beitrag für eine gemeinsame
417 wertebasierte Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Für diese EU-Gemeinschaftsprojekte
418 braucht es einheitliche und restriktive europäische Ausfuhrregeln. Wir wollen hierfür auf
419 der Grundlage des gemeinsamen Standpunkts der EU eine Rüstungsexportkontrollverordnung
420 beschließen, die Transparenz und Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und einer
421 gemeinsamen Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Es muss klare
Entscheidungsmechanismen
422 und vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare Sanktionsmöglichkeiten geben.
423 Vorangehende Risikoanalysen sowie verbindliche und physische Endverbleibskontrollen müssen
424 dabei vorgeschrieben und konsequent durchgeführt werden. Europäische Waffen dürfen nicht
425 weiter in die Hände von Regimen gelangen, die Menschenrechte systematisch verletzen oder
426 diese für Verbrechen der Aggression nutzen. Wir setzen uns für ein Exportverbot für
427 Überwachungstechnologien an repressive Regime und für ein weitgehendes Exportverbot für
428 Kleinwaffen an Drittstaaten ein.

429 Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und bleiben
430 wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. Sie bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Das
431 Ziel unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie und friedliche Welt. Auch in unsicheren
432 Zeiten wollen wir daher die Rüstungskontrolle stärken, vertrauensbildende Maßnahmen fördern,
433 und bi- und multilaterale Abrüstungsinitiativen voranbringen. Daher sollte die EU sich für
434 eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) als zentralen Pfeiler
435 der nuklearen Rüstungskontrolle einsetzen. Darüber hinaus sollte die EU ihre
436 Mitgliedsstaaten dazu ermutigen, den Atomwaffenverbotsvertrag konstruktiv zu begleiten sowie

437 als Beobachter an der Vertragsstaatenkonferenz teilzunehmen und sich zu Vision Global Zero
438 zu bekennen. Dies sind erste Schritte auf dem Weg zu einem sukzessiven, gemeinsamen Beitritt

439 und einer atomwaffenfreien Welt. Die völkerrechtlichen Bemühungen um eine Regulierung von
440 letalen autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen Einsatz von
Waffensystemen

441 geben, die den menschlichen Faktor bei Entscheidungen über Leben und Tod technisch
442 verzichtbar machen. Wir verurteilen jeden völkerrechtswidrigen Einsatz von bewaffneten

443 Drohnen, auch wenn er von unseren Bündnispartnern durchgeführt wird. Den Einsatz von
444 Streubomben, auch in der Ukraine, lehnen wir ab. Zudem wollen wir uns mit der EU weltweit
445 dafür einsetzen, gemäß des Oslo-Übereinkommens auch nicht Vertragsparteien vom Einsatz von
446 Streumunition abzubringen.

447 **Krisen vorbeugen**

448 Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die Konflikte
449 frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Hierbei ist die Zusammenarbeit der Politikfelder und
450 Kohärenz der Ansätze wichtig. Wir wollen die EU-Mittel für friedensfördernde zivile Akteure
451 umfassend aufstocken. Dabei muss die EU lokale zivilgesellschaftliche Konzepte und Akteure
452 in der Friedensförderung stärker unterstützen sowie Förderrichtlinien in diesem Zusammenhang
453 flexibilisieren und Mittelvergaben langfristiger planbar gestalten. Wir wollen die EU-Mittel
454 und Ansätze für Stabilisierungsmaßnahmen stärken, um in Krisen flexibel, gezielt und
455 effektiv handeln zu können. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung und Konfliktbearbeitung der
456 UN und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von
457 Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir systematisch stärken. Wir
458 wollen die Erforschung der Ursachen von aktuellen Konflikten, ihren Verläufen und ihrer
459 friedlichen Bearbeitung stärken und die internationale Vernetzung in der Friedens- und
460 Konfliktforschung fördern.

461 Die EU muss weltweit ihre Stärke als Vermittlerin in Konflikten und als Bündnis für Frieden
462 durch Kooperation nutzen und ausbauen. Wir wollen zivile Missionen der GSVP als Instrument
463 der EU-Außenpolitik durch mehr finanzielle Ressourcen und Personal stärken und systematisch
464 fortentwickeln, um zum Beispiel die Polizei oder das Justizwesen in fragilen Staaten zu
465 unterstützen. Mit rechtsstaatlichen und bürgernahen Institutionen können sie Vertrauen
466 aufbauen und Konflikten vorbeugen. Einer Ausrichtung der zivilen GSVP-Missionen auf
467 Migrationsmanagement stellen wir uns entgegen. Für effektive Maßnahmen der zivilen
468 Krisenprävention, der Stabilisierung, der humanitären Hilfe und der Friedenssicherung
469 braucht es tiefgehende Kontextanalysen, eine bessere Koordination und wirksame Evaluationen.

470 Um Mitgliedsstaaten bei ihren Maßnahmen der zivilen Krisenprävention und des
471 Krisenmanagements besser zu vernetzen, wollen wir das European Centre of Excellence for
472 Civilian Crisis Management ausbauen.

473 Durch eine Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur
474 Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende staatliche
475 Institutionen, die Menschenrechte schützen und Daseinsvorsorge gewährleisten, mindern die
476 Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die menschliches Leid erzeugen und Menschen zum
Verlassen
477 ihrer Heimat zwingen.

478 Mit humanitärer Hilfe unterstützen wir weltweit Menschen, die in humanitäre Notlagen geraten
479 sind. Die europäischen und internationalen Organisationen in diesem Bereich wollen wir
480 stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle Ausstattung sowie effizientere
481 und flexiblere Strukturen und Vergaberichtlinien der europäischen Organisation für
482 humanitäre Hilfe ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen wollen wir besser
483 koordinieren. Schließlich wollen wir die europäischen Organisationen in der Nothilfe

484 verpflichtet, stärker auf geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von
485 marginalisierten Gruppen zu achten.

486 3. Globale Gerechtigkeit

487 **Verlässliche Partnerin sein**

488 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die Menschen, die
489 wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort unterstützen wollen. Damit
490 stehen wir für eine menschenrechtsbasierte Zusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens.

491 Chinas Entwicklungsinitiativen haben oft zum Ziel, einseitige Abhängigkeiten zu schaffen.
492 Russland hat in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt, dass es
493 bereit ist, Hunger als Waffe einzusetzen. Die steigenden Preise für Nahrungsmittel, Energie
494 und Transport verschärften Hunger- und Wirtschaftskrisen, destabilisierten Länder und
495 brachten Menschen weltweit in Not. Wir wollen, dass die EU aktiv den Wettbewerb um die
496 Partnerschaft mit dem Globalen Süden aufnimmt und den begonnenen Weg eines koordinierten
497 Vorgehens mit den Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen Partnerschaften intensiviert. Wir
498 engagieren uns für partnerorientierte, feministische, dekoloniale und nachhaltige Ansätze in
499 der Entwicklungszusammenarbeit, die systemische Ungerechtigkeiten wirkungsorientiert
500 abbauen. Damit wollen wir auch dem Erbe unserer kolonialen Vergangenheit gerecht werden
und
501 koloniale Kontinuitäten kritisch hinterfragen.

502 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von
503 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür wollen wir die
504 bestehenden Instrumente der europäischen Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit
unseren
505 Partnern weiterentwickeln. Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche Akteure in
506 Hochschulen und NGOs stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren. Auch die Zusammenarbeit
507 mit der Privatwirtschaft inklusive Start-ups gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein, dass
508 zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern des Globalen
509 Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund direkt durch die EU gefördert werden.
510 Wir wollen zudem globale Städtepartnerschaften stärken, die Themen der globalen
511 Gerechtigkeit in die Lebensräume von Menschen vor Ort bringen und einen wichtigen Beitrag
512 zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit leisten.

513 Angesichts der globalen Herausforderungen bedarf es substanzieller Mittel für die
514 Entwicklungszusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle EU-Mitgliedstaaten das
515 gegebene Versprechen einlösen, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für
516 Entwicklungsfinanzierung (ODA-Quote) auszugeben. Es kommt aber nicht nur auf die Quantität
517 der Unterstützung an, sondern auch darauf, Projekte partnerorientiert, schnell,
518 unbürokratisch und wirkungsorientiert umzusetzen. Die Entwicklungsgelder müssen vor allem
519 den bedürftigsten Ländern zukommen und zur Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele
520 sowie des Pariser Klimaabkommens und des Montrealer Biodiversitätsabkommens beitragen. In
521 Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch die soziale Absicherung der Menschen
522 stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme als nachhaltiges Instrument

523 gegen Armut. Die Bedarfe zum Wiederaufbau für die Ukraine sollten dabei zusätzlich zur ODA-
524 Quote zur Verfügung gestellt werden.

525 Noch allzu häufig arbeiten EU-Kommission und Mitgliedstaaten im entwicklungspolitischen
526 Bereich nebeneinanderher. Wir unterstützen deswegen den Team-Europe-Ansatz, der in
527 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine bessere sektorübergreifende Koordinierung,
528 Kohärenz, Sichtbarkeit und Effektivität anstrebt. Um Kohärenz und Transparenz zu erhöhen,
529 setzen wir uns für sektorübergreifende Evaluierungen und einen Transparenzmechanismus für
530 öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in der EU ein. Das Europäische Parlament wollen wir
531 in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse besser einbeziehen.

532

533 Im Bereich der digitalen Entwicklungszusammenarbeit wollen wir menschenzentrierte und
534 verantwortungsvolle Digitalisierung global gestalten und die digitale Selbstbestimmung
535 fördern. Wir wollen den digitalpolitischen Austausch stärken, denn als EU können wir viel
536 von digitalen Vorreitern in Ländern des Globalen Südens lernen. Wir wollen
537 Angemessenheitsbeschlüsse mit unseren Partnerländern ausbauen und so die Teilhabe an
538 internationaler digitaler Wertschöpfung fördern.

539 **Ernährung global sichern**

540 Die multiplen Krisen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, bedeuten existenzielle
541 Herausforderungen für die Ernährungssicherheit weltweit. Die EU muss sich für ein
542 nachhaltiges und resilientes globales Ernährungssystem einsetzen und damit zur Umsetzung
543 des
543 Rechts auf Nahrung beitragen.

544 Eine resiliente und produktive ökologische Landwirtschaft mit starken regionalen, aber auch
545 Zugang zu überregionalen Märkten ist das beste Mittel, um die Landwirtschaft
546 widerstandsfähiger gegen politische Krisen und die Folgen des Klimawandels zu machen.
547 Projekte der europäischen Entwicklungszusammenarbeit sollen verstärkt wirtschaftlich
548 tragfähige und ökologisch wie sozial nachhaltige Anbausysteme mit möglichst geschlossenen
549 Nährstoffkreisläufen fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass europäische Agrarsubventionen,
550 patentiertes Saatgut und Landraub nicht bäuerliche Strukturen und Märkte in Ländern des
551 Globalen Südens unterminieren und einseitige, teure Abhängigkeiten schaffen. Hierbei hat für
552 uns der Respekt vor den individuellen Entwicklungsmöglichkeiten der Länder und der
553 Selbstbestimmung der Menschen höchste Priorität. Wir wollen den Auf- und Ausbau lokaler
554 Saatgutbanken und Züchtungsinfrastruktur fördern, damit traditionelles Wissen und die
555 biologische Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben, sowie Abhängigkeiten in der
556 Saatgutentwicklung reduziert werden. Wir wollen uns im Rahmen der EU für strikere
557 Mechanismen zur Verhinderung von exzessiven Nahrungsmittelspekulationen, vor allem in
558 Notsituationen, einsetzen. Auch die Spekulation mit Wasser muss streng reguliert werden. Wir
559 wollen verhindern, dass sich Wasserknappheit neben zunehmenden Dürren und steigender
560 Wasserpreise zusätzlich noch durch Spekulation verschärft.
561 Exporte von chemisch-synthetischem Dünger und Pestiziden, die in der EU verboten sind,
562 wollen wir beenden.

563 Die Förderung einer nach agrarökologischen Prinzipien ausgerichteten Landwirtschaft in
564 Ländern des Globalen Südens muss dabei im Rahmen von umfassenden Strategien zur Stärkung
565 von

565 Ernährungssystemen umgesetzt werden, inklusive Zugang zu Technologien, Infrastrukturen,
566 Märkten, und Finanzmitteln sowie gegenseitigem Wissenstransfer. Hierbei muss auch die Rolle
567 von Frauen und marginalisierten Gruppen bei Ernährung und Nahrungsmittelproduktion in den
568 Blick genommen werden.

569 **Globale Verantwortung annehmen**

570 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa und
ehemaligen
571 Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen Vermögensverteilung, in
572 wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder fehlender Repräsentanz. Die Mitgliedstaaten
573 der EU müssen sich ihrer historischen Verantwortung stellen, die sich aus den Verbrechen der
574 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen. Dafür braucht es
575 eine antirassistische Perspektive und eine Auseinandersetzung mit postkolonialen
576 Kontinuitäten.
577
578 Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch auf EU-Ebene die Debatte über die Anerkennung der
579 durch Mitgliedsstaaten der EU während ihrer Kolonialzeit begangenen
580 Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen sowie die Aneignung und Zerstörung
kulturellen
581 Erbes in Ländern des Globalen Südens geführt wird. Wir möchten einen gemeinsamen Weg
finden,
582 sich angemessen zu entschuldigen, mit Worten und Taten Verantwortung zu übernehmen und in
583 einem völkerrechtlichen Rahmen ideelle und materielle Wiedergutmachung zu leisten.
584
585 Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen bei den
586 Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und Umweltschutzabkommen
wollen
587 wir die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser achten. Die
588 europäische Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit Partnerländern und
589 Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen kontinuierlich
590 evaluieren und weiterentwickeln.
591
592 Viele Länder des Globalen Südens befinden sich in einer Schuldenkrise, die ihre
593 Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse massiv einschränkt. Die
594 EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich für solide Schuldenrestrukturierungen und
595 Schuldenerlasse für besonders belastete Länder einsetzen. Dazu müssen die
596 Schuldenrestrukturierungen unter dem G20 Common Framework weiterentwickelt werden, um
diese
597 transparenter zu machen und alle privaten und staatlichen Gläubiger verbindlich
598 einzubeziehen. Langfristig muss dieses Verfahren bei der UN angesiedelt werden. Wir wollen
599 verhindern, dass europäische Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung
600 missbraucht werden, was die finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen
Südens

601 weiter einschränkt. Wir setzen uns zudem für eine Reform der globalen Steuerarchitektur und
602 eine partnerschaftliche Einbindung des Globalen Südens ein, um globale Gerechtigkeit und
603 Nachhaltigkeit zu fördern. Dazu gehört die Förderung einer inklusiven, gerechten und
604 effektiven internationalen Steuerkooperation auf Ebene der UN, zum Beispiel durch die
605 Verhandlungen zu einer umfassenden UN Steuerkonvention.

606 4. Fairer Handel

607 **Mit Handel Wohlstand schaffen**

608 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann Wohlstand
mehren.

609 Das hat die EU selbst gezeigt, deren Binnenmarkt sie bis heute als eine wesentliche Säule
610 trägt. Besonders in Deutschland hängt unser Wohlstand aufgrund der starken
611 Exportorientierung unserer Wirtschaft von einem gut funktionierenden globalen Handel ab. Es
612 ist daher eine politische Aufgabe der EU, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss zu
613 nutzen, um durch Handelspolitik weltweit Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima- und
614 Naturschutz sowie Menschenrechte zu setzen und Wertschöpfung zu fördern. Auf diese Weise
615 schützen wir auch unsere eigenen Standards vor einem Unterbietungswettbewerb und wirken
616 damit im Sinne unserer Werte und Interessen.

617 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt, dass wir
618 Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren müssen. Eine
619 vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige Partnerschaften knüpft, liefert
620 dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir europäische Unternehmen dabei unterstützen,
621 ihre Investitionstätigkeiten und Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

622 **Handelsinstrumente neu ausrichten**

623 Globaler Handel braucht globale Regeln. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist der
624 bestmögliche Rahmen, um diese Regeln zu formulieren, zu überprüfen und eventuelle
625 Streitigkeiten auszutragen. Wir wollen die WTO grundlegend reformieren, damit sie dieser
626 Rolle wieder gerecht werden kann. Dabei müssen auch gute Arbeitsstandards, Zugang zu
627 Gesundheitsprodukten und grünen Technologien, eine faire Entwicklung sowie Klima-, Umwelt-
628 und Tierschutz in das Zentrum der globalen Handelspolitik gestellt werden.

629 Doch die WTO ist aufgrund der angespannten geopolitischen Lage aktuell kaum noch
630 handlungsfähig und die Bereitschaft zu einer Reform global gesehen gering. Wir setzen daher
631 verstärkt auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern wie Australien, Indien,
632 den Ländern Lateinamerikas oder der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN, die sich
633 ebenfalls zu einem regelbasierten Welthandel bekennen. Wir treten für weltweit hohe Umwelt-
634 und Sozialstandards ein, auch um dadurch die globalen Wettbewerbsbedingungen
anzugleichen.

635 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte in alle
636 zukünftigen internationalen Handelsabkommen aufgenommen und einklagbar werden, wie im
637 kürzlich abgeschlossenen Abkommen zwischen der EU und Neuseeland. Im Falle eklatanter
638 Missachtung der Menschenrechte oder bei Verstößen gegen das Pariser Klimaabkommen, sollte
639 die EU konsequent von diesen Klauseln Gebrauch machen oder das Abkommen aussetzen.

640 Wir wollen das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS), nicht zuletzt in Konsultation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, neu ausrichten. Damit werden wir den Transfer von klimafreundlichen Technologien und wichtigen Gesundheitstechnologien aus dem Globalen Norden in den Süden unterstützen, um die Entwicklung der dortigen Wirtschaft zu fördern und weltweite Emissionen zu senken. Wir wollen zudem Barrieren für Innovationen und deren Marktdurchdringung insbesondere in gemeinwohlorientierten Bereichen und Bereichen der Daseinsfürsorge abbauen. Dafür wollen wir zum Beispiel die Weiterentwicklung des Europäischen Patentrechts prüfen.

648 Die Digitalisierung kann global gerechten Handel wesentlich vereinfachen, etwa indem sie die Überwachung der Lieferketten automatisiert. In den Handelsabkommen der EU und in ihren Handelsinstrumenten müssen der digitale Handel von Gütern und Dienstleistungen, geistige Eigentumsrechte, Datenschutz und Netzneutralität stets mitgedacht werden. Dies erfordert eine Überarbeitung der europäischen Handelsinstrumente in den Bereichen Datenbestimmungen, Datenlokalisierung, Forschung und Entwicklung, nationale Steuersysteme und digitaler Binnenmarkt.

656 Zudem wollen wir die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen verbessern. Vor Beginn der Verhandlungen sollte das Europäische Parlament das Verhandlungsmandat gemeinsam mit dem Rat der EU bestimmen.

659 Wenn EU-Industrien durch unfaire Handelspraktiken geschädigt werden, müssen handelspolitische Schutzinstrumente der EU eine wirksame Antwort bieten, um den fairen Wettbewerb zu schützen. Umgekehrt wollen wir gerade weniger industrialisierten Staaten einen offenen Dialog anbieten und ihnen in Handelsabkommen eine faire Chance zu einer Industriepolitik mit dem Ziel eigener Wertschöpfung einräumen. In diesem Bereich haben wir durch eine stetige Erweiterung unseres handelspolitischen Werkzeugkastens schon vieles erreicht. Zum Beispiel durch das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen (Anti-Coercion-Instrument), mit dem sich die EU gegen einseitige Zwangsmaßnahmen von Handelspartnern wehren kann.

668 Wir setzen uns für transparente und öffentlich legitimierte Formen der Streitbeilegung in Freihandelsabkommen ein, sofern diese erforderlich sind.

671 **Im Einklang mit dem Klima handeln**

672 Wir wollen unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen und zu einer starken Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln. Dazu gehört, mit unseren Handelspartnern gemeinsam Standards zu entwickeln, damit globale Märkte für grüne Produkte wie klimaneutralen Stahl entstehen können.

676 Die Einführung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ist ein wichtiger Schritt, um eine faire CO₂-Bepreisung im Welthandel einzuführen und das EU-Emissionshandelssystem zu

ergänzen

678 und abzusichern. Dadurch werden Importe von bestimmten Produkten wie etwa Stahl oder
Zement
679 aus Ländern ohne Emissionshandel teurer, wenn diese in klimaschädlichen Verfahren
680 hergestellt werden. Der CBAM unterstützt damit auch die Modernisierung unserer Industrie,
681 indem er beispielsweise die Produzenten von grünem Stahl vor außereuropäischer Konkurrenz
682 durch fossil hergestellten Stahl schützt und einen fairen Wettbewerb sicherstellt.

683 Es ist wichtig, dass wir Investitionen in fossile Brennstoffe und andere klimaschädliche
684 Aktivitäten beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige Investitionen setzen. Dies
685 erfordert eine grundlegende Änderung des Modells für bilaterale EU-Investitionsverträge. Der
686 Ausstieg aus dem klimaschädlichsten Investitionsschutzvertrag der Welt – dem
687 Energiechartavertrag – von Deutschland und anderen EU-Ländern ist ein großer Erfolg. Wir
688 kämpfen jetzt folgerichtig für einen Austritt der gesamten EU aus dem Energiechartavertrag.

689 Das Gesetz zu entwaldungsfreien Lieferketten ist ein wichtiger Baustein bei dem Ziel, die
690 gravierenden Abholzungsraten weltweit zu bekämpfen. Damit das Gesetz auch die angestrebte
691 Wirkung erzielt, muss sich die EU nun um Partnerschaften mit Produzentenländern bemühen
und
692 diese beim Aufbau nachhaltiger Lieferketten und der Einhaltung der Vorgaben unterstützen.
693 Wir wollen die Einfuhr von Erzeugnissen aus Agroforstsystemen in den Tropenwäldern
besonders
694 fördern.

695 **Auf faire Partnerschaften setzen**

696 Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten Handelspolitik
697 Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Ambitionierte europäische
698 Gesetze zur Regulierung der Lieferketten und ihre nationale Umsetzung sind ein wichtiger
699 Hebel, um diese Ziele zu erreichen, und nicht nur die unmittelbaren Zulieferer, sondern die
700 gesamte Lieferkette abzudecken. So setzen wir auch die neue europäische Lieferketten-
701 Richtlinie in nationales Recht um und passen wo nötig nationale Vorgaben an. Wir ermöglichen
702 es Geschädigten in der EU, ihre Rechte geltend zu machen. Damit übernehmen die EU und ihre
703 Mitgliedsstaaten Verantwortung dafür, weltweit effektiv Sozial- und Umweltdumping
704 zurückzudrängen.

705 Die Ratifizierung und Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen
706 Arbeitsorganisation (ILO) sollte als Mindestanforderung für jedes Handelsabkommen angesehen
707 werden. Handelsabkommen müssen auch die Anliegen von indigenen Völkern und
Gemeinschaften
708 vor Ort berücksichtigen und ihre Rechte schützen.

709 Es gibt derzeit mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiter*innen auf der Welt. Produkte aus dieser
710 heutigen Art der Sklaverei haben auf dem EU-Binnenmarkt nichts verloren. Das EU-Importverbot
711 für Produkte aus Zwangsarbeit, muss daher konsequent umgesetzt werden. Dabei wollen wir
712 jegliche Art von Zwangsarbeit, auch im digitalen Raum, in den Blick nehmen.

713 Die Wirtschaftsbeziehungen mit Ländern des Globalen Südens müssen wir fair gestalten. Die
714 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des

715 Südpazifiks wollen wir im Sinne eines fairen und entwicklungsorientierten Handels
716 überprüfen. Dazu gehört es, die besonderen Vorteile der Least Developed Countries, die es
717 diesen Ländern erlauben, Waren zollfrei in die EU einzuführen, auch als Teil von EPAs zu
718 garantieren und den Staaten des Globalen Südens eine aktive Industriepolitik zu ermöglichen.
719 Um Länder im Globalen Süden dabei zu unterstützen, ihre Exportabhängigkeit von
720 unverarbeiteten Rohstoffen zu verringern, wollen wir europäische und internationale
721 Freihandelsinstrumente so gestalten, dass sie den Aufbau von lokalen Industrien und die
722 Integration in höhere Wertschöpfungsstufen nicht verhindern.

723 5. Mehr EU in Europa

724 **Erweiterungsperspektiven**

725 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen Interesse.
726 Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren Wohlstand. Deswegen ist es
727 unsere Verantwortung, die Länder mit europäischer Perspektive aktiv zu unterstützen. Klare
728 Kriterien für den Beitritt wollen wir in einem fairen Beitrittsprozess mit verbindlichen
729 Angeboten der Zusammenarbeit verknüpfen. Damit eine erweiterte EU handlungsfähig bleibt,
730 muss sie ihre Strukturen reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in Hand gehen.

731 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien der EU,
732 ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis*, vollumfänglich
733 übernehmen.

734 Indem wir die EU-Erweiterung schrittweise voranbringen, dynamisieren wir den langwierigen
735 und oft schwerfälligen Beitrittsprozess und sichern die Glaubwürdigkeit des europäischen
736 Projekts. Es muss deutlich sichtbarer werden: Allein das Reformtempo in den
737 Beitrittsländern bestimmt das Beitrittstempo. Nationale Vetos von EU-Mitgliedstaaten in den
738 Kapitelöffnungen sollten den Beitrittsprozess nicht blockieren dürfen. Wir wollen den
739 Beitrittsprozess mit sichtbaren Zwischenschritten gestalten und diese mit positiven Anreizen
740 anerkennen, zum Beispiel dem Zugang zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des Binnenmarkts.
Ein

741 Stillstand der Verhandlungen über einen längeren Zeitraum oder gar Rückschritte sollten im
742 Umkehrschluss zu einem Wegfall der Vorteile führen. Ein Fokus im Beitrittsprozess muss auf
743 der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und dem Kampf gegen Korruption und
744 Organisierte Kriminalität liegen. Dazu wollen wir die Mandate der EU-Antikorruptionsbehörde
745 OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die Beitrittskandidaten und die von ihnen
746 eingesetzten EU-Mittel ausweiten.

747 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den Beitrittsstaaten, ihre
748 Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der EU. Auf dem Weg in die EU ist uns
749 eine enge Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften der Beitrittsländer auch jenseits
750 der Regierungen wichtig. Regierungsvertreter*innen der Beitrittsländer sollen an
751 ausgewählten Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können. Wir erwarten von allen
752 Beitrittskandidaten die vollumfängliche Angleichung an die Gemeinsame Außen- und
753 Sicherheitspolitik der EU, inklusive der Übernahme der Sanktionen gegen Russland.

754 Westbalkanstaaten

755 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo,
756 Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU.

757 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den sensiblen
758 Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans. Dieses
Beitrittsversprechen

759 darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der Beitrittsgespräche mit Albanien und
760 Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina sowie die
761 Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige Fortschritte auf dem Weg in die EU.

762 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption, Organisierter
763 Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils unzureichender Aufarbeitung
764 der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung wollen wir die Staaten im Beitrittsprozess
765 intensiv unterstützen. Den Versuchen autoritärer Staaten die Region zu destabilisieren, muss
766 die EU entschlossen und geschlossen entgegen treten. Wir unterstützen die demokratische
767 Entwicklung und die Aufarbeitung der Vergangenheit in Bosnien und Herzegowina und begrüßen

768 die Präsenz von EUFOR, um die Sicherheit im Land zu stärken. Wir fordern die serbische
769 Regierung auf, gegen Gewalt und für eine friedliche Verständigung öffentlich einzutreten und
770 fordern Serbien und Kosovo auf, zu einer dauerhaften Lösung am Verhandlungstisch zu
kommen.

771 Das ist Voraussetzung für Frieden und Stabilität in der Region und ein Schlüssel für den EU-
772 Beitrittsprozess Serbien. Zur Unterstützung des Friedensprozess stärken wir KFOR. Die
773 Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser fördern, besonders auch die
774 grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und eine inklusive Erinnerungskultur
775 unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den Westbalkan wollen wir die Region beim
776 Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien, moderner Bahninfrastruktur und
777 nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

778 Ukraine

779 Die Ukraine steht in der Mitte der europäischen Familie. Ihr Platz ist in der EU. Millionen
780 Ukrainer*innen stellen sich täglich dem völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg mutig
781 entgegen: Sie wehren sich gegen den brutalen Versuch Russlands, ihr Land zu unterwerfen und
782 ihre Kultur auszulöschen, das Völkerrecht und die europäische Friedensordnung zu zerstören.

783 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen, finanziellen und
784 auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt. Wir werden die Ukraine
785 weiterhin entschlossen unterstützen, damit sie ihre Souveränität und volle territoriale
786 Integrität wiedererlangen und verteidigen kann. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine,
787 ihrer Menschen und ihres Rechts auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverteidigung und
788 unterstützen den Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten, zuverlässigen
789 Sicherheitsgarantien.

790 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide Seiten
791 profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen dabei auf
792 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung und eine aktive Rolle
793 der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen Ebene. Wir sehen bereits große

794 Fortschritte bei den für die EU-Beitrittsverhandlungen notwendigen Reformen. Die Bevölkerung
795 der Ukraine verdient unsere Anerkennung dafür, dass sie ihr Land inmitten eines Krieges so
796 grundlegend verändern.

797 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau der Ukraine
798 finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen. Dazu bedarf es auch
799 großer finanzieller Anstrengungen, die Einbindung der ukrainischen Zivilgesellschaft und
800 erheblich beschleunigter Verfahren, um schnelle Ergebnisse zu erzielen und das Land gegen
801 die russischen Angriffe zu stärken. Wir setzen uns ein für eine langfristige und nachhaltige
802 Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine. Dafür braucht es neben unterschiedlichen
803 staatlichen wie privatwirtschaftlichen Finanzierungsinstrumenten insbesondere auch
804 Zuschüsse. Wir wollen prüfen lassen, ob und wie stillgelegte russische Vermögenswerte
805 rechtssicher für den Wiederaufbau der Ukraine nutzbar gemacht werden können.

806 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die russische
807 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen einschließlich des Verbrechens des
808 Aggressionskriegs aufklären und bestrafen. Ein internationaler Mechanismus soll über die
809 Wiedergutmachung der Sach- und Personenschäden durch Russland an die Ukraine entscheiden
und
810 so eine Rechtsgrundlage zur Heranziehung Russlands zur Finanzierung des Wiederaufbaus der
811 Ukraine schaffen.

812 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten, dass die EU
813 die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter stabilisiert und diese als Zeichen
814 der Solidarität und als Beitrag zur europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu gehört auch, den
815 Ausbau alternativer Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des Schwarzen Meeres
816 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich und trägt zur
817 globalen Ernährungssicherung bei.

818 **Georgien und Moldau**

819 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem Ziel von
820 militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands. Diese sind seit Beginn
821 des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine intensiviert worden. Wir stehen entschlossen
822 zur Souveränität und territorialen Integrität der beiden Länder. Wir werden Moldau und
823 Georgien auf ihrem Weg in die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch die dafür
824 nötigen Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat und schon seit
825 2020 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent
826 unterstützen. Der Wunsch der georgischen Bevölkerung nach EU-Integration ist weiterhin
827 riesig; die Regierung muss nun die notwendigen Reformen umsetzen, um den europäischen
Traum
828 des Landes zu erfüllen.

829 **Europäische Nachbarschaft**

830 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die konstruktiv mit
831 ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

832 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung von
833 Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir intensivieren.

834 Dafür arbeiten wir auch auf einen Beitritt der EU zur europäischen Menschenrechtskonvention
835 hin.

836 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur engeren
837 Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine EU-Mitgliedschaft
838 anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist diese Zusammenarbeit im
839 ausgeprägten europäischen Interesse.

840 Wir möchten, dass die EU und das Vereinigte Königreich weiter konstruktiv daran arbeiten,
841 ihre Beziehungen nach dem Brexit wieder zu intensivieren. Eine enge wirtschaftliche und
842 militärische Zusammenarbeit von EU und Vereinigtem Königreich ist im beiderseitigen
843 Interesse. Wir begrüßen, dass das Vereinigte Königreich wieder in das EU-Forschungsprogramm
844 Horizont Europa einsteigt. Gleichzeitig erwarten wir, dass die britische Regierung
845 praktische Hürden beim Austausch und der Zusammenarbeit mit der EU, zum Beispiel bei den
846 Studierenden-Visa, möglichst rasch abbaut.

847 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg
848 gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und Krisenprävention bewahren. Sie kann in
849 der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

850 **Türkei**

851 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine langjährige
852 Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen gesellschaftlichen, kulturellen und
853 wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt. Wir glauben, dass eine demokratische Türkei, in
854 der die Rechte aller ihrer Bürger*innen geachtet werden, einen festen Platz in der EU hat.

855 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung hat sich in
856 den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten entfernt.
857 Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik richtet sich Ankara zum Teil offensiv gegen
858 europäische Interessen. Die anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts oder die
859 völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien zeigen zugleich, was für eine schwierige
860 Partnerin die Türkei für Europa und die NATO in der aktuellen Sicherheitslage ist.
861 Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg gegen die Ukraine und darüber hinaus
862 engagiert.

863 Die Türkei bleibt trotz dieser ambivalenten Rolle eine strategische Partnerin innerhalb der
864 NATO, für Europa und für Deutschland. Diesem Dilemma stellt sich eine aktive GRÜNE
865 Außenpolitik. Für uns kann es eine Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt erst
866 dann wieder geben, wenn die Türkei glaubhaft den Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
867 einschlägt.

868 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und möglich
869 ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des Klimawandels. Der
870 autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die sich offen gegen die EU, gegen
871 die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in der EU, gegen Geflüchtete, gegen Kurd*innen
872 und andere Minderheiten oder gegen Menschenrechts-Verteidiger*innen im eigenen Land
873 wenden,
874 treten wir entschieden entgegen.

875 Die türkische Regierung muss die unzähligen politischen Gefangenen, darunter auch Osman

876 Kavala und Selahattin Demirtas, aus der Haft entlassen und den Urteilen des Europäischen
877 Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) Folge leisten. Mit der Missachtung der Urteile des
878 EGMR macht die Türkei das laufende Vertragsverletzungsverfahren im Rahmen des Europarates
879 unumgänglich. Die Missachtung von Gerichtsurteilen schafft Rechtsunsicherheit, die auch die
880 zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der Türkei belastet.

881 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk*innen, die sich für Demokratie und
882 Rechtsstaatlichkeit engagieren. Wir möchten, dass die EU die türkische Zivilgesellschaft,
883 die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt, besonders unterstützt.

884 6. Ein starkes Europa in der Welt

885 **Östliche Nachbarn der EU**

886 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren Kontinent.
887 Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu einem feindseligen
888 Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU braucht es zielgerichtete
889 Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und Zentralasien, die besonders die
890 veränderten Sicherheitsinteressen unserer Partner in den Blick nehmen. Gleichzeitig müssen
891 wir die demokratischen Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch russische
892 Einmischung bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders unterstützen.

893 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den Protesten
894 rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 unermüdlich für Demokratie und
895 Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir werden uns weiterhin solidarisch und mit
896 Nachdruck für die Unterstützung der belarusischen Zivilgesellschaft und Opposition, die
897 Freilassung aller politischen Gefangenen, die Sanktionierung des belarusischen Regimes und
898 für freie und faire Wahlen im Land einsetzen.

899 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die Unterstützung des
900 russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer Menschenrechtsverletzungen und
901 Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Dafür müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden. Wir
902 setzen uns insbesondere dafür ein, dass die EU die Sammlung und Sicherung von
Beweismaterial
903 unterstützt.

904 Die EU kann und sollte sich stärker in allen Ländern des Südkaukasus engagieren und
905 bestehende Demokratiebewegungen und die Zivilgesellschaft aktiv unterstützen. Armeniens
Weg

906 für mehr politische Teilhabe und Freiheiten wurde durch russischen Druck und den Krieg um
907 Bergkarabach massiv erschwert. Aserbaidschan hat sich entschlossen, durch militärische
908 Gewalt Fakten zu schaffen. Wir verurteilen Bakus militärischen Angriff auf Bergkarabach im
909 September 2023. Die EU muss der autokratischen aserbaidischen Regierung klare
Grenzen

910 für den Fall weiterer Offensiven aufzeigen. Einen langfristigen Frieden kann es nur durch
911 Verhandlungen geben. Daher begrüßen wir die Bemühungen der EU, mit Armenien und
912 Aserbaidschan eine nachhaltige Friedenslösung zu finden. Die EU-Beobachtungsmission in
913 Armenien (EUMA) leistet dabei einen wichtigen stabilisierenden Beitrag. Über 100.000
914 Armenierinnen und Armenier sahen sich gezwungen Bergkarabach zu verlassen, die Hälfte

davon

915 Kinder und ältere Menschen. Die EU sollte die Integration der aus Bergkarabach Geflüchteten
916 in Armenien unterstützen beziehungsweise ihre Rückkehr nach Bergkarabach durch
917 internationale Schutzmechanismen ermöglichen. Der Schutz der armenischen Kultur und
918 christlichen Religion in Bergkarabach muss sichergestellt werden, um den Erhalt des
919 gemeinsamen Erbes der Region zu schützen. Die EU sollte zwischen Armenien und
Aserbaidschan

920 als stabilisierender Mittler agieren und dadurch zugleich die demokratischen Reformkräfte
921 Armeniens stärken. Das sollte auch beinhalten, dass die EU Armenien dabei unterstützt, den
922 demokratischen Reformprozess trotz aller Herausforderungen voranzutreiben und die
923 Unabhängigkeit des Landes von Russland zu stärken. Dafür braucht es eine noch engere
924 Partnerschaft und Annäherung Armeniens mit der EU, ebenso wie mit Deutschland.

925 Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt. Sicherheit
926 in Europa kann es aktuell nur vor Russland geben – und nicht mit Russland. Gewalt, Lüge,
927 Korruption und Willkür prägen die politische Realität. Die Zivilgesellschaft wurde mundtot
928 gemacht, die Opposition befindet sich entweder im Exil oder in politischer Gefangenschaft.

929 Wir werden uns weiterhin für die Freilassung aller politischen Häftlinge einsetzen. Wir
930 sehen uns als Freunde und Partner derer, die ein freies, friedliches und demokratisches
931 Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte Widersacher all jener, die das
932 verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir unterstützen daher die europäische
933 Sanktionspolitik gegen das Regime und seine Vertreter*innen. Wirtschafts- und
934 handelspolitische Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben.

935 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den russischen
936 Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht und muss
937 dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft gezogen werden.

938 **Transatlantische Beziehungen**

939 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer*innen zugleich eine so tiefe
940 gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA haben nach

941 dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur wirtschaftlichen
942 Entwicklung und politischen Einigung auf dem europäischen Kontinent und zur
943 Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

944 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für unsere
945 europäische Gegenwart und Zukunft. Wir schätzen Kanada und die USA als enge und
verlässliche

946 Wertepartner und möchten die Beziehungen der EU mit beiden weiter vertiefen. Seit dem
947 russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben unsere transatlantischen Partner und allen
948 voran die USA dazu beigetragen, die Friedensordnung in Europa zu verteidigen und die
949 politische Einheit der europäisch-atlantischen Allianz zu sichern. Die USA sind eine
950 zentrale strategische Partnerin: für unsere Sicherheit, für die klimagerechte Erneuerung
951 unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der liberalen Demokratie.

952 Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China, Russland und
953 anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir globale

954 Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern und ausbauen.
955 Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den klimaneutralen Umbau
956 unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir Zukunftstechnologien entwickeln
957 und sie zugleich zum Wohle der Menschen und ihrer Freiheit aktiv gestalten.

958 Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und handlungsbereite Partner
959 auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es mehr europäische Anstrengungen, um
960 eigene sicherheits-, verteidigungs- und wirtschaftspolitische Kapazitäten zu entwickeln. Wir
961 wollen die europäische Säule der NATO stärken, auch durch eine vertiefte EU-NATO-
962 Zusammenarbeit. Antiliberale Tendenzen auf beiden Seiten des Atlantiks gefährden das
963 Wertefundament, auf dem die transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es
964 entschieden entgegenzutreten.

965 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA gleichzeitig
966 intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt zum einen, die
967 transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den Ausbau von
968 Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft.
969 Und Diversifizierung heißt zum anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren und die
970 eigenständige Handlungsfähigkeit der EU zu stärken.

971 Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein geeignetes
972 Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu entwickeln. Wir
973 befürworten
974 die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA, um einen transatlantischen
975 Markt zu schaffen, der weltweit höchste soziale und ökologische Standards nach dem Prinzip
976 des „Race to the Top“ folgt und als Impulsgeber für die grüne Transformation weltweit wirkt.
977 Ein wichtiges Element dabei ist die gemeinsame Arbeit an einem Club für kritische Rohstoffe.

977 **China**

978 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale. Durch
979 Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne tritt die Partnerschaft jedoch
980 zunehmend in den Hintergrund. Im Innern handelt die chinesische Führung repressiver und
981 autoritärer; nach außen verfolgt sie inzwischen offen hegemoniale und imperiale Ambitionen
982 und versucht aggressiv, den eigenen globalen Einfluss zu erweitern. Dafür nutzt China auch
983 zunehmend seinen Einfluss im Rahmen der BRICS-Staaten und seine enge Partnerschaft mit
984 Russland. Das trägt zu einer weiteren Verschärfung der Differenzen zwischen Europa und China
985 bei. Deswegen setzen wir uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und der EU als
986 Institution sowie für einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere
987 Koordinierung des Verhältnisses zu China insbesondere mit unseren transatlantischen und
988 indopazifischen Partnern ein.

989 Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum Beispiel bei
990 Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die europäische Wirtschaft
991 dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Ohne eine ambitionierte,
992 eigenständige Industrie- und Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei ist es
993 zentral, dass die EU einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert. Stimmen, die
994 einer kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine Absage.

995 China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter Exportmarkt. Das
996 Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte nach China ab. Noch gibt es
997 in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa, zudem ist der europäische Markt für
998 chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann hier den bestehenden Handlungsspielraum besser
999 und selbstbewusster nutzen, vor allem im Bereich der Transparenzpflichten chinesischer
1000Konzerne bei Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Kritische
1001Infrastruktur, wie Häfen, Eisenbahn und digitale Infrastruktur, sowie Schlüsselindustrien
1002müssen vor dem Zugriff chinesischer Investitionen nachhaltig und in der gesamten EU
1003geschützt werden.

1004Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments der EU sowie
1005einen koordinierten Ansatz bei Kontrollen von Investitionen in China und Exportrestriktionen
1006im Bereich sensibler Technologien. Mit gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU besser
1007gegen wirtschaftliche Erpressungsversuche verteidigen und eine abschreckende Wirkung
1008erzielen.

1009Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur*innen in der
Provinz
1010Xinjiang, aber auch gegen Tibeter*innen, religiöse Minderheiten und Vertreter*innen der
1011Zivilgesellschaft, insbesondere Demokratieaktivist*innen in Hongkong, durch die chinesische
1012Regierung müssen beendet werden. Der Schutz der Menschenrechte ist Grundlage europäischer

1013Politik. Das gilt auch für die internationalen Lieferketten europäischer Unternehmen.
1014Produkte aus Zwangsarbeit in China dürfen keinen Zugang zum europäischen Markt bekommen.

Wir

1015erwarten daher auch, dass China die entscheidenden Kernnormen der Internationalen
1016Arbeitsorganisation ILO ratifiziert.

1017Im Rahmen der Ein-China-Politik der EU unterstützen wir die sachbezogene Teilnahme des
1018demokratischen Taiwan in internationalen Organisationen. Gleichzeitig erkennen wir an, dass
1019das Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des militärischen Drucks der
1020Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Eine Änderung des Status Quo in der
1021Taiwanstraße darf nicht gegen den Willen Taiwans erfolgen. Wir betrachten Taiwan als
1022demokratischen Wertepartner und setzen uns dafür ein, den wirtschaftlichen, kulturellen,
1023zivilgesellschaftlichen und politischen Austausch zu intensivieren.

1024Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise von Ländern des Globalen
1025Südens, der Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie bei Klimaschutz- und
1026Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist, mit China zusammenarbeiten.

Dies

1027gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz, den Schutz der Biodiversität oder den Schutz
1028der Weltmeere. In diesen und weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der universellen
1029Erklärung der Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung offen für
1030Kooperation.

1031 **Nahe Osten und Nordafrika**

1032Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger Nachbar für die
1033EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb weitestgehend unerfüllt, und

1034in den vergangenen Jahren haben sich wieder autoritäre Akteure in der Region verfestigt. Wir
1035wollen aber trotz der schwierigen Lage eine enge Zusammenarbeit anstreben, die die
1036wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch nach einem
1037Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der europäischen
1038Nahostpolitik stehen.

1039Große Potenziale liegen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. In der Zusammenarbeit von
1040kleinen und mittleren Unternehmen sehen wir dabei eine besondere Chance, um Strukturen
1041jenseits der oft staatsdominierten Großunternehmen in der Region zu stärken.

1042In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche Partnerin sein für
1043all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche Perspektiven schaffen und Freiheit und
1044Selbstbestimmung voranbringen wollen. Durch die Geschichte von Kolonialismus und
1045jahrzehntelanger Unterstützung autoritärer Regierungen trägt Europa hier eine besondere
1046Verantwortung.

1047Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären Regimen in der
1048Region erpressbar macht. Eine politische Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im Verhältnis zu
1049den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime, die selbst
1050Fluchtgründe schaffen.

1051Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit
1052gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Die Terrorangriffe der
1053 Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 waren eine Zäsur. Wir stehen nach diesen fürchterlichen
1054Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger*innen. Israel hat wie jeder andere Staat
1055das völkerrechtlich verbriefte Recht, sich gegen Angriffe wie diese im Rahmen des
1056humanitären Völkerrechts zu verteidigen. Israels Sicherheit ist Teil der deutschen
1057Staatsräson und Leitmotiv unseres Handelns. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine Zwei-
1058Staaten-Regelung mit der Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen
1059Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967. Dafür soll die EU die Kräfte der
1060Mitgliedstaaten für Verhandlungen der beiden Seiten bündeln und ihre tatkräftige und
1061großzügige Hilfe für die Friedensverwirklichung anbieten.

1062

1063Dazu braucht es neben unserer unverbrüchlichen Solidarität mit Israel auch eine konsequente
1064Unterstützung pro-demokratischer palästinensischer Stimmen. Dies ist auch eine Grundlage für
1065die Schaffung palästinensischer rechtsstaatlicher politischer Institutionen. Zu der
1066Friedensperspektive gehört auch, dass die Palästinensische Autonomiebehörde den Terror
gegen

1067Israel klar verurteilt und dagegen vorgeht. Den fortdauernden israelischen Siedlungsbau,
1068Pläne für völkerrechtswidrige Annexionen und die Siedlergewalt gegen Palästinenser*innen im
1069Westjordanland lehnen wir als Hürden für den Frieden ab. Wir wollen weiterhin mit denjenigen
1070Kräften in Israel und Palästina solidarisch zusammenarbeiten, die sich auf beiden Seiten für
1071Demokratie und Freiheit, Menschen- und Bürger*innenrechte und Frieden einsetzen. Als größte
1072Geldgeberin soll die EU bei ihrer Entwicklungshilfe für die palästinensischen Gebiete auch
1073den Aufbau demokratischer Institutionen und demokratischer Bildung fördern, um Hass
1074entgegenzutreten und die Verständigung zwischen Israelis, Palästinenser*innen und den
1075Menschen aus den umliegenden Nachbarstaaten voranzubringen.

1076Im Iran stehen wir an der Seite der feministischen Protestbewegung gegen das iranische
1077Regime. Diese setzt sich für ein demokratisches Iran ein, kämpft für Achtung der

1078 Menschenrechte und die Selbstbestimmung der Bevölkerung, einschließlich der Abschaffung
von
1079 Kleidungs Vorschriften wie der Zwangsverschleierung. Wir wollen, dass die EU die Erweiterung
1080 der Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Regimes sowie eine Verschärfung der
Sanktionen
1081 beim Handel und bei Finanzbeziehungen fortlaufend kritisch prüft.
1082
1083 Die islamische Revolutionsgarde muss rechtssicher als Terrororganisation gelistet werden.
1084 Zudem muss die EU die demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora unterstützen und

1085 politisch verfolgte Iraner*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum Hamburg als
1086 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich geschlossen
1087 werden, ebenso wie Vertretungen in anderen deutschen Städten. Das Regime versucht mit einer

1088 aggressiven Außenpolitik und Terrorfinanzierung die Region zu destabilisieren. Die
1089 Terrorfinanzierung des iranischen Regimes, welche unter anderem für das erklärte Ziel der
1090 Vernichtung Israels eingesetzt wird, gilt es zu bekämpfen. Gerade mit Blick auf die
1091 Sicherheit Israels muss die EU in Zusammenarbeit mit den USA die Nuklearisierung des Irans
1092 verhindern. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-Verbreitungsabkommen halten.
1093 Iran verletzt seine Verpflichtungen aus dem JCPoA seit 2019 fortwährend massiv und hat die
1094 Gelegenheit, zum JCPoA zurückzukehren, mehrfach ausgeschlagen. Darum müssen die
1095 proliferationsbezogenen Maßnahmen im Nuklearbereich sowie Sanktionen aufrecht erhalten
1096 bleiben. Wir wollen aus den Lehren der Verhandlungen um das JCPoA lernen.

1097 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen
1098 auftretenden EU entgegenwirken. Wir unterstützen diplomatische Bemühungen um
Deeskalation in
1099 der Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu Straflosigkeit führen, zum Beispiel
1100 angesichts der Menschheitsverbrechen des Assad-Regimes in Syrien.

1101 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden übereilten Abzug westlicher
Truppen
1102 tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber Afghanistan. Wir verurteilen vor allem die
1103 Verdrängung von Frauen aus fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens und erkennen die
1104 Taliban nicht als Regierung Afghanistans an. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU
1105 angesichts der dramatischen Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und dabei
1106 explizit Frauen einbindet. Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger*innen sind aufgrund
1107 ihrer Arbeit – etwa für die Bundeswehr und internationale Organisationen – oder ihres
1108 Einsatzes für Menschenrechte in Gefahr. Wir stehen daher für den konsequenten Schutz und die
1109 Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-Verteidiger*innen und ihren mitbedrohten
1110 Familien.

1111 **Afrika**

1112 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng verbunden. Wir
1113 wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem afrikanischen Kontinent in ihren
1114 Bemühungen unterstützen, nachhaltige Entwicklung und gute Jobs vor Ort zu schaffen. Wir
1115 sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent in Politik,

1116Wirtschaft, Technologie, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten. Wir
1117wollen mit unseren afrikanischen Partnerinnen und Partnern zu beiderseitigem Nutzen
1118zusammenarbeiten und dafür attraktive europäische Angebote für eine nachhaltige Entwicklung

1119machen. Dabei begreifen wir die Stärkung der Demokratie als wichtige Aufgabe und verurteilen
1120verfassungswidrige Machtwechsel, Putsche und unfreie Wahlen, die die demokratische
1121Entwicklung in einigen afrikanischen Staaten gefährden.

1122Ein gutes Beispiel sind die europäischen Klima-, Energie- und Wasserstoffpartnerschaften
1123sowie die Klima- und Entwicklungspartnerschaften, die dazu beitragen können, die Industrie
1124auf beiden Kontinenten klimaneutral voranzubringen. Wir wollen sie daher ausbauen. Dabei ist
1125für uns klar, dass die erzeugte Energie und damit verbundene Wertschöpfungsketten immer
1126zuerst den produzierenden Ländern vor Ort zur Verfügung stehen müssen, insbesondere den
1127ärmsten und marginalisierten Menschen.

1128Dabei ist die geplante Zusammenarbeit im Rahmen der Global-Gateway-Initiative ein Schritt in
1129Richtung weiterer nachhaltiger Entwicklung beider Kontinente und trägt als attraktives
1130europäisches Angebot für die großen Investitionsbedarfe zur Verringerung der Abhängigkeit
1131von China und Russland bei. Wir wollen die regionale Integration in den afrikanischen
1132Wirtschaftsgemeinschaften und der Afrikanischen Union inklusive der entstehenden
1133panafrikanischen Freihandelszone unterstützen.

1134Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sind unverzichtbare Grundlage für
1135gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Vor allem dort, wo die staatlichen
1136Strukturen geschwächt oder wo autokratische Strukturen vorherrschend sind, wollen wir die
1137Zivilgesellschaft sowie demokratische politische Akteure unterstützen. Das gewaltfreie
1138Engagement insbesondere junger Menschen für eine plurale Zivilgesellschaft in ihren Ländern
1139sowie zur zivilen Konfliktbearbeitung wollen wir in der EU aktiv unterstützen. Eine
1140besondere Rolle kommt dabei Frauen und marginalisierten Gruppen zu.

1141Wir setzen uns dafür ein, dass Drittstaatsangehörige, die in Europa studieren, Dienstreisen
1142erledigen oder zum Beispiel an Konferenzen teilnehmen, einfacher und schneller Zugang zu
1143Visa bekommen. Ein Beitrag dazu ist die Digitalisierung der Visaverfahren.

1144Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht gekennzeichnet.
1145Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders stark unter den Folgen der
1146Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische Emissionen verursacht wurde. Im
1147Bewusstsein auch unseres kolonialen Erbes und verbundener wirtschaftlicher Ausbeutung
wollen

1148wir Beziehungen gestalten, die von Respekt und Gleichberechtigung getragen werden.

1149**Indopazifik**

1150Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum verschoben. Hier
1151findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und Entwicklung statt.

1152Wir wollen die enge Kooperation mit Europas zentralen Partnern wie Japan, Südkorea,
1153Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit ASEAN und seinen
Mitgliedsstaaten

1154sowie den ozeanischen Inselstaaten intensivieren. Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf
1155mehr Zusammenarbeit bei Klimaschutz und wirtschaftlicher Modernisierung legen und

1156 gleichzeitig kulturellen Austausch, zivilgesellschaftliche Akteure und den Schutz der
1157 Menschenrechte stärken. Insbesondere die Kooperation mit Japan als engstem Partner im
1158 indopazifischen Raum sowie einziges Mitglied der G7 in der Region wollen wir weiter
1159 vertiefen. Ein Beispiel hierfür ist die Digitale Partnerschaft, welche die EU im Mai 2022
1160 mit Japan als erstem Partnerland überhaupt geschlossen hat.

1161

1162 Gerade im Indopazifik tritt China immer aggressiver auf und propagiert zugleich sein
1163 autoritäres Staats- und Gesellschaftsmodell als Vorbild. Deshalb wollen wir auch die
1164 Kooperation zwischen der EU und indopazifischen Staaten im Bereich der Sicherheits- und
1165 Verteidigungspolitik ausbauen.

1166 In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer Existenz
1167 bedroht sind, obwohl sie selbst wenig den globalen Emissionen beigetragen haben. Wir wollen
1168 sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und des steigenden Meeresspiegels konkret
und

1169 finanziell unterstützen. Wir wollen den Klimaschutz stärker in Handelsbeziehungen mit den
1170 Staaten der gesamten Region verankern und die Produktion von grüner Energie in der Region,
1171 zum Beispiel durch die Global-Gateway-Initiative der EU, gemeinsam voranbringen.

1172 Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien an. Wir
1173 begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr 2023 ebenso wie die
1174 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen Indiens neue Bedeutung für die
1175 Bereitstellung globaler digitaler Güter an und wollen eine verstärkte Zusammenarbeit bei
1176 digitalen Zahlungssystemen ausloten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich an klaren
1177 Sozial-, Minderheits- und Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender Sorge betrachten
1178 wir in dieser Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen. Wir unterstützen die
1179 indische Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung territorialer Konflikte
1180 in Grenzregionen ein.

1181

1182 Die EU-Mitgliedsstaaten sollten sich innerhalb der UN dafür einsetzen, völkerrechtswidriges
1183 Verhalten des Militärregimes in Myanmar zu verurteilen und freie und faire Wahlen in dem
1184 Land einfordern.

1185 **Lateinamerika**

1186 Die Länder Lateinamerikas sind nicht nur wichtige Wirtschafts-, sondern viele auch unsere
1187 Wertepartner. Die zahlreichen Demokratien dort sind für Europa natürliche Partner bei der
1188 Stärkung des Multilateralismus. Foren wie das wiederbelebte Gipfeltreffen zwischen der EU
1189 und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) ermöglichen
1190 eine intensive Kooperation und Partnerschaft mit den Ländern des Kontinents.

1191 In einigen lateinamerikanischen Ländern haben sich autoritäre Regierungen etabliert, die die
1192 Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft stark einschränken. Auch demokratische Staaten
1193 sind nach wie vor unter Druck, wie beispielsweise der Sturm auf Regierungsgebäude Anfang
1194 2023 in Brasilien gezeigt hat. Ereignisse wie diese verdeutlichen, dass die Demokratie gegen
1195 autokratische Tendenzen und Gruppierungen verteidigt werden muss. Hierfür ist die
1196 Zusammenarbeit mit demokratisch gewählten Regierungen und eine starke Zivilgesellschaft
1197 essenziell. Wir wollen Aktivist*innen für Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte
1198 von LGBTIQ*, Frauen und Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine

1199effektive Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig. Dazu gehören neben
1200polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen auch die Schaffung wirtschaftlicher
1201Alternativen, Reduzierung von Abhängigkeiten von Kartellen und die Stärkung
1202grenzüberschreitender Ermittlungen.

1203Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in Lateinamerika. Die
1204Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen wollen wir eine Intensivierung
1205von Klima-, Rohstoff- und Entwicklungspartnerschaften sowie eine Ausweitung der Kooperation
1206für nachhaltige Landwirtschaft und für effektiven Natur- und Tropenwaldschutz. Der Schutz
1207der Rechte der indigenen Völker muss dabei bei allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert
1208werden.

1209Europa braucht enge Handelsbeziehungen mit Lateinamerika, nicht zuletzt auch, um seine
1210Lieferketten mit Blick auf China zu diversifizieren. Diese können nur dann erfolgreich sein,
1211wenn sie partnerschaftlich ausgehandelt werden, beide Seiten davon profitieren und ein
1212substanzieller Teil der Wertschöpfung in Lateinamerika verbleibt. Die Global-Gateway-
1213Initiative der EU kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen aus den Fehlern der
1214Vergangenheit lernen und unsere Handelspolitik zukünftig so gestalten, dass keine
1215Umweltzerstörungen befeuert werden und keine neokoloniale Ausbeutung entsteht. Wir wollen
1216Partnerschaften auf Augenhöhe. Wir lehnen das EU-Mercosur-Abkommen in seiner jetzigen Form

1217ab und fordern Nachverhandlungen um grundlegende Veränderungen zu erreichen für ein
1218fares,

1218ökologisches und postkoloniales Abkommen, das Menschenrechte respektiert,
1219Technologietransfer gewährleistet und den intensiven Abbau von Rohstoffen im globalen Süden
1220für den Konsum des globalen Nordens ein Ende setzt. Wir werden das Mercosur-Abkommen nur
1221ratifizieren, wenn von beiden Seiten umsetzbare, überprüfbare und rechtlich verbindliche,
1222einklagbare Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes vereinbart
1223werden. Umsetzbar sind alle genannten Standards gerade in Zeiten rechtspopulistischer
1224Regierungen nur dann, wenn Verstöße dagegen genauso effektiv sanktioniert werden können
1225wie

1225die Handelsbestimmungen des Abkommens. Die Möglichkeit der Aussetzung von
1226Handelspräferenzen

1226bei Verstößen von Nachhaltigkeitsstandards ist daher eine unabdingbare Voraussetzung für
1227eine Zustimmung zum Abkommen. Gleichzeitig kann es für uns das Mercosur-Abkommen nur
1228gemeinsam mit einer gleichwertigen Zusatzvereinbarung zum Schutz und Erhalt des
1229Regenwaldes,

1229Schutz der indigenen Völker und der Menschenrechte geben. Dadurch stellen wir sicher, dass
1230unsere Partnerschaft mit den Mercosur Ländern intensiviert wird und gleichzeitig die
1231Menschenrechte, die Biodiversität und das Weltklima geschützt werden.